

# Vorlage zur bezahlten Elternzeit soll noch dieses Jahr im Landtag diskutiert werden

Wird die Regierung bei der finanziellen Vergütung nachbessern? Die Gewerkschaft LANV zeigt sich leicht optimistisch für junge Familien.

Valeska Blank

Eine Minimalvariante, die die finanzielle Lage von frisch gebackenen Eltern zu wenig berücksichtigt und das traditionelle Rollenbild zementiert: Die Liste der Kritikpunkte am Regierungsvorschlag zur bezahlten Elternzeit war im vergangenen Frühling lang.

Knackpunkt ist – wie so oft – das Geld: Die Regierung schlug im Vernehmlassungsbericht eine zweimonatige Vergütung von 50 Prozent des durchschnittlichen Monatslohns vor. Organisationen wie der Gewerkschaft LANV, dem Verein für Menschenrechte (VMR) oder dem Frauennetz ist das deutlich zu wenig. Ihre Forderung: Ein Vater oder eine Mutter in Elternzeit soll 80 Prozent des AHV-pflichtigen Lohnes erhalten.

## «Die Arbeiten sind bereits gut fortgeschritten»

Mittlerweile ist klar, wann das gesellschaftspolitisch wichtige Thema in den Landtag kommt: Ziel sei es, den Bericht und Antrag noch dieses Jahr zur ersten Lesung vorzulegen, heisst es beim zuständigen Wirtschaftsministerium auf Anfrage. Die Regierung arbeite aktuell an der Ausarbeitung der Vorlage. «Diese Arbeiten sind bereits gut fortgeschritten», heisst es beim Generalsekretariat von Innenministerin Sabine Monauni. Der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerverband LANV hat sich nach Ende der Vernehmlassungsfrist mit ihr zum Gespräch ge-



Wie viel Geld bekommen frisch gebackene Väter und Mütter während der bezahlten Elternzeit? Darüber werden die Abgeordneten des Landtags voraussichtlich noch dieses Jahr debattieren. Bild: Keystone

troffen. Die Gewerkschaft hielt dabei an ihrer Forderung fest, dass die finanzielle Entschädigung bei der bezahlten Elternzeit erhöht werden muss.

Lediglich 50 Prozent würden keine Lebensgrundlage für im Land wohnhafte Famili-

en bilden, sagt Fredy Litscher vom LANV. Er hofft nun, dass die Forderung in der Vorlage berücksichtigt wird – und zeigt sich leicht optimistisch: «Wir haben eine gewisse Bereitschaft gespürt, dass die Regierung den Familien entgegenkommen möchte.» Nun geht

es darum, die Landtagsabgeordneten von einer höheren Vergütung an die Eltern zu überzeugen. Im Herbst werde sich der LANV an die Landtagsfraktionen der Parteien wenden, um die Abgeordneten darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig eine ange-

messene finanzielle Entschädigung für junge Familien sei, die von der bezahlten Elternzeit Gebrauch machen wollen.

## 50 oder 80 Prozent? Es wird wohl ein Kompromiss

Ein Umschwenken der Regierung auf die geforderte 80-Pro-

zent-Lösung – so viel würde ein Elternteil während der Elternzeitmonate von seinem bisherigen Monatslohn vergütet bekommen – scheint aber weiterhin fraglich. Wahrscheinlicher ist ein Mittelweg zwischen den vorgeschlagenen 50 Prozent und den 80 Prozent, die neben dem LANV auch der VMR oder verschiedene andere Institutionen verlangt haben.

Geld genug wäre für eine höhere Entschädigung an junge Familien vorhanden: Vorgesehen ist, dass die Finanzierung über die Familienausgleichskasse (FAK) abgewickelt wird. Die Organisation schrieb bei ihrer Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht frei heraus, dass sie rein finanziell «sehr wohl in der Lage» sei, die Millionenkosten zu stemmen, die die bezahlte Elternzeit mit sich bringen würde.

## Den Arbeitgebern würden 50 Prozent reichen

Angst vor Mehrkosten hat währenddessen die Arbeitgeberseite – sie seien es schliesslich, die die Beiträge an die FAK einzahlen. Der Industrie- und Handelskammer (LIHK) und der Wirtschaftskammer Liechtenstein wäre es laut ihren Stellungnahmen vom Frühling lieber, wenn Mütter und Väter in Elternzeit lediglich die von der Regierung vorgeschlagenen 50 Prozent des Monatslohns erhalten würden.

Ausserdem stellten sie die Forderung, dass sich die Arbeitnehmer an der Finanzierung der bezahlten Elternzeit beteiligen sollten.